



Ich entgegnete ihm, die merkwürdige Verfolgung sei mir aufgefallen, ich hätte aber keinen Anlass gesehen, meine Fahrweise zu ändern, weil ich langsam, rechts und niemanden behindernd gefahren sei. Hätte ich denn schon zu Beginn der Verfolgung auf der Rheinallee anhalten sollen oder welche Reaktion habe er von mir als Fahrer erwartet.

Jedenfalls behauptete der Mann ich hätte auf meinem Geradeaus-Fahrweg ein Sperrzeichen (Doppelpfeil nach rechts und links) missachtet und sei geradeaus weitergefahren. Die Örtlichkeit wurde mir nicht genannt. Ich musste eingestehen, diese behauptete kuriose Verkehrsführung, also die unvermittelte Sperrung der Geradeausfahrt, nicht wahrgenommen zu haben. Ich frage mich allerdings, weshalb ich schon weit vor dem angeblichen Verkehrsverstoß verfolgt wurde.

Auf meine Frage, wieso denn die Polizei ein für Einsätze untaugliches leistungsschwaches altes Auto fahre, wurde mir entgegnet, die Polizei dürfe nicht immer für jeden erkennbar sein. Sie seien gerade im Einsatz, den sie eigens unterbrechen mussten, um meine Verkehrsübertretung zu ahnden. Das gehe ihrem Einsatzauftrag vor.

Nunmehr wurde mir angeboten, zur Vermeidung eines Verfahrens 10 Euro zu bezahlen, regulär würde das 20 Euro kosten plus Verwaltungsgebühren. Weil mir alles recht dubios erschien, verlangte ich den Dienstausweis, der mir auch gezeigt wurde. Das recht einfache Kärtchen machte einen halbwegs offiziellen Eindruck. Allerdings fehlten Sicherheitsmerkmale wie ein Hologramm. Bei dem Mann handelte es sich um einen Ausländer oder Eingebürgerten mit atypischem Namen, den ich eher ■■■■■■ zuordnen würde. Typische ■■■■■■ Namen sind mir aus meiner beruflichen Arbeit geläufig.

Um den Verdross mit den rechthaberischen Männern zu beenden, willigte ich in die Zahlung ein. Meine Bitte um eine Quittung führte jedoch zu Irritationen, denn es gab keine, dafür wurden meine Personalien präzise und zeitaufwendig aufgenommen, was mir bei direktem "Freikauf" sicherlich erspart geblieben wäre. Weil die Männer trotz Zahlungsaufforderung mangels Quittungsvordrucken nicht inkassofähig waren, wurde dann ein weiteres Polizeifahrzeug herbeigerufen das nach vielleicht 10 Minuten eintraf und sich gegen die Fahrtrichtung vor mein Auto stellte. Ich war richtig umzingelt. Insgesamt 5 mutmaßliche Polizisten und zwei Fahrzeuge (roter privater Astra und grüner Bus) waren nunmehr zur Stelle. Ich erhielt schließlich sehr unwillig aus den Beständen des anderen Fahrzeugs eine gedruckte Quittung (Kopie anbei) und wurde zugleich zu einem Schuldeingeständnis gedrängt. Über ein Verweigerungsrecht wurde ich nicht belehrt.

In diesem Moment bemerkte einer der neu hinzugekommenen, gleichfalls in Bombermontur gekleideten Leute (■■■■■), dass meine ASU-Plakette trotz noch gültigem TÜV abgelaufen war. Also wurden von den neuen Polizisten meine Personalien noch einmal akribisch aufgenommen und mir ein Verfahren angekündigt. Der Wortführer verweigerte, sich auszuweisen, seine Bomberjacke mit Polizeiaufdruck sei Ausweis genug. Dies habe ich ebenso zurückgewiesen wie einige der Neugierigen, die sich inzwischen eingefunden hatten, um das Schauspiel einer erwarteten Verhaftung verfolgen zu können.

Durch das Großaufgebot an mutmaßlicher Polizei wurden Fahrzeuge am Fortkommen gehindert. Nach mehr als einer halben Stunde wurde ich dann endlich erstmals freigelassen. Entnervt fuhr ich weg, um gleich wieder in einer Einfahrt anzuhalten (ca. 15-20 m), weil ich mich nicht mehr verkehrssicher fühlte. Das war der dritte Sündenfall, denn ich hatte den Sicherheitsgurt noch nicht angelegt. Meine Personalien wurden von den gleichen Leuten ein weiteres Mal aufreizend akribisch und zeitaufwendig aufgenommen. Insgesamt dauerte meine hoheitliche Behandlung eine dreiviertel Stunde.

Nach Rücksprache mit einem pensionierten Leitenden Polizeibeamten, der sich ein solches Vorgehen absolut nicht als dienstgerecht vorstellen kann, erstatte ich diese Meldung wegen des dringenden Tatverdachts der ■■■■■, des Inkasso■■■■■, der Missachtung aller Regeln und des Gebotes der Verhältnismäßigkeit sowie des Verdachts auf ■■■■■.

Ich bitte um eine Eingangsbestätigung und eine Verbescheidung meines Vorbringens. Gleichzeitig bitte ich, eine Notiz an die Presse zu geben zur öffentlichen Warnung vor mutmaßlichen ■■■■■.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Rencker